

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

26.1.1931 (No. 21)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Str. 933
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühren — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 11 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Nachdruck, Betriebsstörung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeigenblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reden des Reichskanzlers in Köln und Düren

Programmatiscbe Erklärungen zur Innen- und Außenpolitik

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Kölns veranstaltete am Sonntagvormittag in der großen Messehalle in Köln-Deutz eine Kundgebung, auf der Reichskanzler Dr. Brüning über die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Volkes und seiner Arbeiterschaft sprach. Nach einer Schilderung der gegenwärtigen schweren Notlage erklärte der Kanzler:

Wir haben zunächst nichts anderes machen können, als nur immer wieder neue Dämme aufzurichten, neue Mittel zu erfinden, die uns vor der Katastrophe bewahren. Nicht alle Pläne der Reichsregierung könnten in diesem Augenblick schon der Öffentlichkeit preisgegeben werden, man müsse mit einem klar durchdachten und überlegten Plan nicht auf drei Monate, sondern auf ein Jahrzehnt kommen, und alle Maßnahmen, die des Augenblicks und der nächsten Zukunft, auf die großen Gesichtspunkte dieses Planes einstellen. Der Minister kam sodann auf die Krise des Parlamentarismus zu sprechen und bemerkte, das Spiel des Parlaments, einige hundert Agitationsanträge einzubringen, die gewöhnlich einige hundert Millionen oder gar 1-2 Milliarden neue Steuern bedeuten, müsse durch Maßnahmen des Reichstages selbst zu Ende gebracht werden. Der Reichstag werde im Februar vor gewaltige Entscheidungen gestellt sein.

Der Kanzler erinnerte weiter an die dringende Notwendigkeit des Sparens und fuhr fort, man müsse auch daran denken, gleichzeitig Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß trotz der Ersparnisse der Lebensstandard des deutschen Volkes in allen seinen Kreisen nicht zum Sinken gebracht werde. Mit der Lohnsenkung allein die Produktionskosten zu senken, sei nicht möglich. Der Grad der Lohnsenkung müsse sehr sorgfältig überlegt werden und müsse im Einklang stehen mit der Aufrechterhaltung der Kaufkraft. Der Arbeiter warte auch vor übertriebener Nationalisierung. Der Kanzler gab zum Schluß dem festen Willen der Regierung Ausdruck, den Weg des soliden Aufbaues weiterzugehen.

Um den Kampf zu führen zu einer Verständigung über neue Lösungen in der Reparationsfrage, dafür müsse man wirtschaftlich und finanziell gerüstet sein. Zur Verzweiflung sei kein Grund da. Deutschland sei nicht so schlecht bestellt wie andere Industrieländer, man habe vielmehr bereits einen gewissen Vorsprung, und wenn man über den entscheidenden Punkt hinweg sei, ist der Weg frei für einen dauernden Aufstieg.

Am Sonntagnachmittag sprach der Reichskanzler in Düren und setzte sich hierbei vor allem mit dem Reparationsproblem auseinander. Er wehrte die in diesem Zusammenhang erhobenen agitatorischen Angriffe ab. Der Kanzler sagte hierbei, eine vorzeitige Inangriffnahme von innerpolitisch und wirtschaftspolitisch nicht vorbereiteten Fragen, die Wahl des falschen Augenblicks für die Lösung der Reparationsfragen, wäre das Schicksal, was man in der deutschen Politik tun könnte. Wenn man weiterhin glaube, eine Regierung als unnational herabwürdigen zu müssen, weil ein Skatolik an der Spitze stehe, so sollten diese Leute sich doch einmal überlegen, welche Auswirkungen solche Angriffe in einem Augenblick haben müßten, wo es gelte, das Wollen des gesamten deutschen Volkes auf eine durchgreifende Döthilfe einzustellen.

Anklageaufstellung im Klarekprozess

1650 Seiten Anklageschrift

In der Strafsache gegen Klarek u. Gen. wurde am Samstag die Anklage aufgestellt. Gegen die Brüder Max, Leo und Willi Klarek ist Anklage erhoben worden wegen Betrugs und Urkundenfälschung gegenüber der Stadt Berlin, wegen Betrugs gegenüber der Berliner Anwartschaftsgesellschaft, der Dresdner Bank und der Ostbank, und wegen schwerer aktiver Bestechung und Anstiftung zur Untreue von Beamten der Stadt Berlin und des Reiches, sowie wegen Kontursverbrechens.

Die Anklageschrift umfaßt 1650 Seiten, die Akten bestehen aus 174 Hauptbänden nebst 1000 Beifügen und 2200 Geschäftsbüchern.

Die Staatsanwaltschaft hat beantragt, daß eine Reihe von Personen, gegen die die Voruntersuchung eröffnet war, außer Verfolgung gesetzt werden.

Gegen die Not der deutschen Holzwirtschaft

Aus dem Gebot der Zeit, die deutsche Holzwirtschaft zu heben, hat der Reichsforstwirtschaftsrat beschlossen, unter Zusammenfassung aller beteiligten Kreise eine großzügige Werbung für das deutsche Holz im Rahmen der Leipziger Waimesse (1. bis 11. März) durchzuführen. In einem besonderen Aktionsauschuß des Reichsforstwirtschaftsrates haben sich der staatliche und private Waldbesitz, die Sägewerke, die Holzverarbeitende Industrie und der Holzhandel zusammengeschlossen. Das Fernziel der eine große Fläche bedeckenden Ausstellung wird ein höherer Punkturn bilden. Des weiteren werden Modelle bedeutender Holzbauten aufgestellt werden.

Der Reichskanzler traf heute, Montag, früh mit dem fahrplanmäßigen D-Zug um 7.49 Uhr von Köln auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein und begab sich sofort in die Reichskanzlei.

Letzte Nachrichten

Der Vorsitz auf der Abrüstungskonferenz Amerika gegen Übernahme

WTB. London, 26. Jan. (Tel.). Der Washingtoner „Times-Korrespondent meldet: Die Anregung, daß ein amerikanischer Bürger den Vorsitz auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz übernehmen sollte, ist von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden.

Staatssekretär Stimson legte dar, daß die Methode „Direkter Verhandlungen“ nach Ansicht der Regierung geeigneter zur Behandlung der „wunden Stelle“ Europas sei. Die Wichtigkeit der kommenden Konferenz wird in Washington ebenso wenig geleugnet, wie die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten unvermeidlich eine führende Rolle spielen werden. Aber man ist der Meinung, daß es zu weit gehen würde, wenn die Vereinigten Staaten die leitende Verantwortlichkeit übernehmen würden, was unannehmlich wäre, wenn ein Amerikaner auf der Abrüstungskonferenz den Vorsitz führen würde.

Kuesänderung in Indien

Gandhi freigelassen

WTB. Delhi, 25. Jan. (Tel.). Der Vizekönig hat die bedingungslose Freilassung Gandhis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses angeordnet. Gleichzeitig hat er die Achtung dieses Ausschusses als ungesetzliche Körperschaft aufgehoben.

Die Freilassung Gandhis ist eine unmittelbare Auswirkung des Abchlusses der Londoner Rundtischkonferenz, der die englische Regierung zu einer Kuesänderung in Indien veranlaßt hat. Gandhi wurde am 5. Mai 1930 als Führer im Kampf gegen das Salzmonopol, der den Auftakt zum allgemeinen Freiheitskampf bilden sollte, verhaftet. Es bleibt abzuwarten, ob er an seiner Politik des passiven Widerstandes festhält oder an den kommenden Verhandlungen über die Neuregelung der Stellung Indiens innerhalb des britischen Reiches teilnimmt. Der Vizekönig Lord Irwin hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Die Anordnungen seien erfolgt, um den Kongress in den Stand zu setzen, die Erklärung zu erörtern, die Macdonald bei der Vertagung der indischen Konferenz abgegeben habe. Zu den hervorragenden Kongressführern, die von dem Freilassungsbefehl berührt werden, gehören Pandit Jawaharlal Nehru, der bei Beginn des Feldzugs des Ungehorsams Präsident des Allindischen Kongresses war und diese Stellung noch heute inne hat, ferner Ballabhai Patel, der den Steuerstreik im Bezirk von Bombay organisiert hatte, Frau Madhu, die Vorkämpferin der Frauenrechte in Indien, und Sen Gupta der während seiner Gefangenschaft zum fünften Male zum Bürgermeister von Kalkutta gewählt wurde, aber sein Amt in der vorgeschriebenen Zeit nicht antreten konnte. Frau Madhu war im Mai 1930 zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die drei genannten Kongressführer befinden sich zum zweiten oder dritten Male in Gefangenschaft. Der Zeitpunkt der Freilassung Gandhis, der sich im Gefängnis in Poona befindet, steht noch nicht fest.

Die französische Regierungsbildung

Nach Ablehnung Briands Laval beauftragt

Briand hat am Samstag den ihm von Präsident Doumergue angebotenen Auftrag zur Regierungsbildung abgelehnt, da er Außenminister bleiben wolle, worauf der Präsident den Senator Laval beauftragte.

Der heutige Tag wird die Entscheidung darüber bringen, ob Laval dazu imstande ist. Lardieu und Maginot sollen sich bereit erklärt haben, in das Kabinett einzutreten. Die offene Frage bleibt, ob sich die Radikalen an dem Kabinett beteiligen werden. Wenn die Radikalen Nein sagen, dann wird sich Laval zu entscheiden haben, ob er ohne sie überhaupt ein Kabinett bilden kann.

Der Schnapskrieg in Amerika

WTB. New York, 25. Jan. (Tel.). Im Eingang des New-Yorker Hafens wurde das mit 500 Kisten Alkohol im Werte von 100 000 Dollar beladene Schmuggelschiff „Josephine X“ aus Neuschottland von einem Küstenwachschiff nach den üblichen drei blinden Warnungsschüssen mit fünf Granaten beschossen und aufgebracht. Eine Granate traf die Kommandobrücke und verwundete den Kapitän Glett so schwer, daß er bald darauf starb. Ein amerikanisches Frachtboot mit 1000 Kisten Alkohol, das in der Nähe der „Josephine X“ gelegen hatte, wurde gleichfalls beschlagnahmt und die aus drei Mann bestehende Besatzung verhaftet.

Der Belagerungszustand in Spanien wurde vom Ministerrat aufgehoben, außer in Madrid und Guasca, wo der Prozeß gegen die Teilnehmer der letzten revolutionären Bewegung im Gange ist. Die Zensur ist gleichzeitig den Zivilbehörden übertragen worden.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Die Washingtoner Arbeitslosenkommission schätzt die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 4 1/2 bis 5 Millionen. Diese Schätzung fußt auf einer Zählung, die von einer großen Versicherungsgesellschaft durch ihre Agenturen in 16 Großstädten vorgenommen worden ist.

*Um die Reform der Arbeitslosenversicherung

Die Vorarbeiten für eine Reform der Arbeitslosenversicherung sind jetzt soweit vorangeschritten, daß im Laufe dieser Woche eine Kommission gebildet werden soll, welche die Reformvorschläge zu prüfen und auf Grund dieser Prüfung Beschlüsse zu fassen hat. Die Kommission setzt sich, wie es heißt, aus Persönlichkeiten zusammen, die — sei es als Arbeitgeber, sei es als Arbeitnehmer — interessenmäßig nicht festgelegt sind, sondern als Gelehrte auf dem Gebiete der Sozialpolitik, der Betriebswirtschaftslehre und der Statistik einen Namen haben. Ferner sollen leitende Beamte aus dem Bereich der Sozialversicherung selbst hinzugezogen werden.

Unser ganzes Volk hat alle Veranlassung, den Arbeiten und Beschlüssen dieser Kommission seine größte Aufmerksamkeit zu schenken. Denn das Arbeitslosenversicherungsproblem ist dasjenige, das unser ganzes wirtschaftliches Dasein befehlet und bisher eine wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen verhindert hat. Denn es ist ja nicht allein die Arbeitslosigkeit als solche, die so außergewöhnliche Ansprüche an die Reichsfinanzen stellt, sondern es ist das Versicherungsgezet mit seinen vielfach ungewöhnlichen Paragraphen, welches über das Maß berechtigter Unterfützung hinaus zu allerlei Mißbräuchen und Ungeheuerlichkeiten geführt hat.

Der Gedanke, eine Kommission zu bilden, die frei von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern ist, hat etwas Befriedigendes, nämlich dann, wenn man damit rechnen dürfte, daß die richtigen Männer gewählt wurden, und daß diese richtigen Männer ohne bürokratische Einstellung jene Reformvorschläge beschließen, welche dem wahren Stand der Dinge entsprechend und unseren Finanzen und der Wirtschaft wirklich nützen. Denn darauf kommt es an. Die ganze Reform sollte also bewerkstelligt werden im Sinne versicherungstechnischer Prinzipien. Es handelt sich ja bei dem ganzen Werk nicht so sehr um eine Wohltätigkeitsanstalt, sondern um eine Versicherung, bei welcher Leistung und Gegenleistung in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen müssen. Und deshalb wäre es gut, wenn in der Kommission auch Männer säßen, die anerkannte Versicherungstechniker sind.

Es könnte nun entgegengehalten werden, daß in Zeiten so großer Arbeitslosigkeit die Gegenleistung der Versicherung immer die Leistung der Versicherten wie sie sich aus den Versicherungsbeiträgen ergibt, übersteigen müßte. Aber das ist ja gerade der Punkt, um den sich alles dreht: die Arbeitslosenversicherung so aufzuziehen, daß im Falle außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit nennenswerte Zuschüsse des Reiches vermieden werden? Zunächst ist dazu notwendig, daß die Gegenleistung der Versicherung in einer Weise erfolgt, die den Grundfäden der Billigkeit genügt und Mißbräuche ausschließt. Einzuweisen ist die Situation so, daß solche Mißbräuche häufig genug vorkommen, und daß das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung an einem ganz bestimmten Ubel krankt.

Man sollte eigentlich annehmen, daß der Segen der Versicherung allen gleichmäßig zuteil wird. Bei Tageslicht besehen, ist das nicht der Fall. Teilen wir wie üblich die Arbeitslosen in die zwei großen Gruppen „Konjunktur“ und „Saison“, (solche Arbeiter, die wegen schlechter Konjunktur arbeitslos werden, und solche, die saisonmäßig arbeitslos werden), so sehen wir, daß die Konjunkturgruppe in einem Jahre 11,6 Proz. mehr Beitrag geleistet hat, als sie an Unterstützung zurück erhielt, während die Saisongruppe 63,9 Proz. mehr Zuschuß bekommen hat, als sie Beiträge geleistet hat.

Der Reichsfinanzminister hatte also nur zu Recht, als er dieser Tage erklärte, das wichtigste Reformproblem bei der Arbeitslosenversicherung sei das Problem der Saisonarbeiter; man werde sie wahrscheinlich ganz aus der Versicherung herausnehmen müssen. Bis jetzt ist es jedenfalls die Saisongruppe, die nicht nur die Zuschüsse des Reiches verbraucht, sondern darüber hinaus sogar von den Summen zehrt, die die Arbeitskollegen aus der Konjunkturgruppe beisteuern müssen. Bei der Berechnung sind die Verwaltungskosten außer Ansatz geblieben; sie würden das Bild noch ungünstiger erscheinen lassen.

Wichtig und gleichzeitig sehr bedenklich ist noch eine andere Tatsache, daß wiederum innerhalb der einzelnen Berufsgruppen sehr erhebliche Unterschiede bestehen. Da sind zum Beispiel die Bauarbeiter derartig bevorzugt,

Dass sie als die eigentlichen Nutznießer der Versicherung angesprochen werden können. Sie erhalten nach Berechnungen von Diplomat Kaufmann Friedrich Christians in der Halbmonatsschrift „Soziale Zukunft“ mehr als das Doppelte ihres Beitrages zurück.

Die am stärksten Geschädigten sind die kaufmännischen Angestellten. Sie sind überhaupt durch die schematische Gleichstellung aller Berufe im Arbeitslosenversicherungsgesetz ungerecht behandelt worden. Jedenfalls müssen die kaufmännischen Angestellten für die Arbeitslosenversicherung Beiträge bezahlen, die durch das Versicherungsrisiko keineswegs gerechtfertigt sind. Christians schreibt dazu:

„Ein Angestellter mit einem monatlichen Durchschnittsgehalt von 150 M zahlt nach der Berechnungstabelle jährlich bei durchschnittlich 43wöchiger Beschäftigung rund 100 M Beitrag. Er erhält darauf anteilmäßig, den festgestellten Durchschnitt entsprechend, rund 35 bis 40 M an Arbeitslosenunterstützung zurück. Er bezahlt also jährlich an die Versicherung einen Betrag von 60 bis 65 M, der nicht zur Deckung der Ansprüche der kaufmännischen Angestellten, sondern anderer Berufsgruppen verwendet wird; anders ausgedrückt: Die kaufmännischen Angestellten zahlen eine soziale Steuer von 60 bis 65 M bei einem Jahresgehalt von etwa 1500 bis 1600 M, d. h. eine Steuer, die etwa 4 Proz. ihres Einkommens ausmacht, zugunsten anderer Berufsgruppen. Auf der anderen Seite erhalten von 100 Bauarbeitern, die bei einem durchschnittlichen Monatsgehalt von mehr als 200 M während durchschnittlich 39wöchiger Beschäftigung 42 500 M an die Versicherung bezahlt haben, 56 bei 20wöchiger Arbeitslosigkeit 26 175 M. Anteilsgemäß erhält also ein Bauarbeiter aus der Versicherung jeweils einen Zuschuß von rund 135 M zu seinem Arbeitseinkommen, welches etwa 2000 M jährlich ausmacht. Der Zuschuß beträgt rund 6,5 v. S. des durchschnittlichen jährlichen Arbeitseinkommens des Bauarbeiters.“

Christians fährt dann fort:

„Wenn auch die Zahlen für die Praxis nur bedingt stimmen, zeigen sie doch deutlich, zu welchem Ergebnis das Versicherungsgesetz führt. Es ist typisch für die deutsche Sozialversicherung heutiger Form, es ist die Folge der völligen Schematisierung, der immer stärkeren Verdrängung des Versicherungsgedankens durch ein System, das sich Wohlfahrtsystem nennt, in Wirklichkeit aber nichts weiter ist, als ein System einseitiger bürokratischer Eingriffe in die Einkommensverteilung der Versicherten. Einzelne Gruppen der Versicherten werden mit teilweise erheblichen sozialen Steuern belegt, andere erhalten Vorteile, die den Steuerleistungen der übrigen entnommen sind. Während aber in der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung der Wohlfahrtsgedanke noch insoweit gewahrt bleibt, als dort die Minderbemittelten in der Regel die von der Versicherung Bevorzugten, dagegen die Bessergestellten die von der Versicherung Benachteiligten sind, wurde im Arbeitslosenversicherungsgesetz selbst dieser Grundsatz völlig verlassen. In der Arbeitslosenversicherung erhalten nicht diejenigen versicherungsmathematisch nicht gerechtfertigte Zuschüsse, die infolge ihres niedrigen Arbeitseinkommens am stärksten bedürftig sind, sondern diejenigen, die durchschnittlich das höchste Arbeitseinkommen haben.“

Wir dürfen wohl fest darauf vertrauen, daß man jetzt in der Kommission, welche die Vorschläge der Reichsversicherungsanstalt prüfen wird, alle diese Unzutraglichkeiten und Ungerechtigkeiten berücksichtigen und abschaffen wird. Nur dann könnte von einer wirklichen Reform gesprochen werden. Daß die Möglichkeit von betrügerischen Mißbräuchen ausgeschaltet wird, versteht sich ja ganz von selbst.

Was die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung betrifft, so wäre es ja am zweckmäßigsten und würde den Grundsätzen der Billigkeit am meisten entsprechen, wenn man mit ihr diejenigen betrauen würde, die an ihr interessiert sind, nämlich die Arbeitnehmer selbst und die von ihnen gebildeten Organisationen und Gewerkschaften.

33 000 Reichsmark Pension! Die Stadtverordneten von Wuppertal bewilligten dem zurückgetretenen Oberbürgermeister Dr. Hartmann die ihm nach seinem Vertrage zustehende Pension von 28 000 Reichsmark. Da die Anstellung des Oberbürgermeisters nach der Umgegend jedoch ausdrücklich mit der Maßgabe erfolgt war, daß er sich bei seiner Pensionierung aus seiner neuen Stellung nicht schlechter stellen dürfe, als wenn er bei der Umgegend in den Ruhestand getreten wäre, mußten ihm Miete und Lichtkosten, die mit 5000 Reichsmark bewertet wurden, ebenfalls bewilligt werden. Alles in allem beläuft sich die Pension demnach auf rund 33 000 Reichsmark.

Stadt. Konzerthaus Karlsenbe

Wie werde ich reich und glücklich

Seit einigen Tagen beschäftigt auf großen Plakaten die Frage: „Wie werde ich reich und glücklich?“ die Karlsruher Gemüter, doch scheint sie, wenn man jetzt die Lösung im Konzerthaus miterlebt hat, kaum minder problematisch als die aktuelle Fragestellung eines anderen — Berliner Lustspiels: „Muß die Kuh Milch geben?“ Natürlich muß das gute Tier das, aber ebenso wird schließlich auch die letztere Beantwortung bejahend lauten müssen.

Es kommt, wie so oft, nur auf die Art an, wie das Ding gelehrt wird, und sicher ist Felix Joachimson, dem das Textbuch dieser Operette in zehn Bildern entstammt, nicht der Mann, um das Ganze besonders originell zu entwerfen. Zweifellos ist überhaupt für Komikerphilosophen, die sich auf so schwierigem Gebiet bewegen, das Feld viel zu abgegrast, man sollte den Witz gerade dafür deshalb erst einmal richtig nachwachsen lassen. Trotzdem: Nach dem Duzendserienfolg, den unser Konzerthaus soeben mit „Meine Schwester und ich“ erlebt hat, wird sich auch die neueste Attraktion nicht als falsche kaufmännische Kalkulation erweisen, und das genügt eigentlich mehr wie jede weitere Erwiderung über das aufgeworfene Problem.

Ober mit anderen Worten: Das Unterhaltungstheater verläßt sich wieder einmal mehr auf die Wirkung der Klischees, als es eigentlich dem schwabbelnden Mundwerk des für den Inhalt verantwortlichen Verfassers zukommt, ja es traut auch der von Misha Poliansky beigezeichneten netten Musik in dem handlungsmäßig etwas ärmlichen und reichlich zerquetschten Ganzen einiges zu. Gleich die Erstaufführung lieferte dafür besten Erfolgsbeweis, und wieder verwandelte sich Albernheit, die so

Der gemeinnützige Wohnungsbau

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1920 enthält im 7. Teil eine Reihe wichtiger Bestimmungen für gemeinnützige Wohnungsunternehmen. Als gemeinnützig werden künftig nur juristische Personen anerkannt. Bei Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung muß mindestens ein Grundkapital von 50 000 Reichsmark eingezahlt sein. Bei Genossenschaften muß jeder Genosse mindestens einen Geschäftsanteil von 300 Reichsmark gezeichnet haben. Ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen darf nicht unter dem überwiegenden Einfluß von Personen stehen, die den Wohnungsbau, die Herstellung von Baustoffen, den Handel mit Baustoffen oder sonstige Geschäfte für den Wohnungsbau beruflich betreiben. Die Überlassung von Wohnungen darf nicht auf bestimmte enge Personenzirkel beschränkt werden, es sei denn, daß es sich um einen großen, etwa nach Stand, Religionsbekenntnis usw. abgegrenzten, also sehr weiten Kreis, handelt. Die erstellten Wohnungen müssen zu angemessenen Preisen abgegeben werden. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit kann erforderlichenfalls jederzeit zurückgezogen werden.

Schwere politische Schlägereien

haben sich am Samstag und Sonntag wieder ereignet. In Radeberg bei Dresden wurden am Samstag in einer nationalsozialistischen Versammlung, die sehr stark von Sozialisten und Kommunisten besucht war, sechs Personen durch Stiche und Schüsse verletzt. — In Sahnheim (Rheinböhmen) gab es zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten eine regelrechte Straßenschlacht, wobei geschossen und gestochen wurde. Der Bürgermeister von Sahnheim, der den Streit zu schlichten versuchte, wurde von den Nationalsozialisten mißhandelt und der Polizeidiener niedergeschlagen. Aus Mainz mußte das Überfallkommando herbeigerufen werden. Etwa 40 Nationalsozialisten wurden festgenommen. — In Grebenstein bei Kassel gab es am Sonntagmorgen eine schwere Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, nachdem Kommunisten das nationalsozialistische Versammlungslokal besetzt hatten. Auf beiden Seiten gab es mehrere Verletzte, deren zum Teil schwere Wunden in Kassereler Krankenhäusern verbunden werden mußten. 89 Kommunisten wurden dem Kassereler Polizeipräsidium zugeführt. — In Fenis a. d. Mulde kam es während einer nationalsozialistischen Versammlung, die stark von Kommunisten besucht war, zu einer schweren Schlägerei. Es sollen fünf Nationalsozialisten und 20 Kommunisten verletzt worden sein.

Die deutsche Memelbeschwerte, für die im Völkerbundsrat der litauische Minister des Äußeren die Zuständigkeit des Völkerbundes bestritt, wurde auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt.

Austritt aus der Wirtschaftspartei. Der Fraktionsführer der Wirtschaftspartei im Provinziallandtag der Provinz Sachsen, Dr. Baumgarten-Delbisch, ist im Anschluß an den Streit Collofer-Dreißig nunmehr ebenfalls aus der Wirtschaftspartei ausgetreten. Er hat sich der Richtung der sächsischen Separationsbewegung angeschlossen.

Verhandlungen über einen Gehaltsabzug von 20 Proz. auf Güte Ruhrort-Weidrich. Wegen der beabsichtigten Stilllegung der Güte Ruhrort-Weidrich der Vereinigten Stahlwerke, wovon etwa 7000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden würden, hat sich der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres, mit den Vereinigten Stahlwerken ins Benehmen gesetzt und auf die der Stadt durch eine Stilllegung drohende katastrophale Lage hingewiesen. Darauf haben die Vereinigten Stahlwerke das Angebot gemacht, die Güte Ruhrort-Weidrich in weitem Umfange in Betrieb zu halten, und zwar mit 4500 Arbeitern, wenn die Arbeitnehmer freiwillig auf 20 Proz. des Normallohnes verzichten. Die Vereinigten Stahlwerke wollen dafür die Garantie übernehmen, daß nicht mehr als 10 Proz. Feiertage eingelegt würden und sich der Arbeiterschaft gegenüber verpflichten, bis zum 1. Oktober 1931 weitere Stilllegungen in diesen Betrieben nicht vorzunehmen. Die Verhandlungen über dieses Angebot find im Gange.

kleine Chronik

„Do X“ machte Samstag nachmittag in Lissabon einen Probeflug, der in jeder Hinsicht zufriedenstellend verlief. „Do X“ wird am 30. Januar einen Flug nach Madeira unternehmen.

Der Bariton der Kölner Oper, Franz Lindlar, wurde am Samstag während der Aufführung von „Turandot“, wo er den König Timur sang, im 1. Akt von einem plötzlichen Unwohlsein befallen, das auf einen Schlaganfall zurückzuführen war. Nach Beendigung der Aufführung versah der Künstler.

In einem Krankenhaus in Essen-Werden sollen zwei Todesfälle an Patienten, die wegen Tuberkulose operiert werden sollten, auf Fahrlässigkeit zurückzuführen sein. Die Essener Staatsanwaltschaft hat die Leichenöffnung angeordnet.

Der italienische Finanzmann Riccardo Guaglio ist in Turin wegen wiederholter schwerer Schädigung der Nationalwirtschaft zu fünfjährigem Zwangsaufenthalt auf den Liparischen Inseln verurteilt worden.

oft als Humor hingenommen werden muß, da und dort in schallendstem Gelächter. Unter der Regie von Ulrich von der Trend, der die Sache mit der nötigen Milieuentennis einführt hatte, und unter Josef Keilberths musikalischer Leitung, der an der Spitze seiner Polizeimänner das vollste Verständnis für delikate klangliche Schwanke-Unterhaltung durch Jazz-Band beizubringen, ergaben sich vergnügeliche Momente genug, sei es, daß man bei Alfons Knebel in der Rolle des Glücksuchers und -finders anklopfte, oder Emmy Seiberlich in der degenten Kühle einer goldbehangenen Jungfrau bewunderte, sei es, daß man mit Elisabeth Vertram die verstaubte Sentimentalität eines armen, aber herzensguten Mädchens genoß oder sich über die lustliche Reizviertelheit des geheimniskrämer Hermann Brand freute. Noch viele, sehr viele Namen wären eigentlich anzuführen, und deren Leistungen nach Gebühr hier zu lezieren; aber der verfügbare Raum gestattet allein noch die Anjagerin Lilli Jant — schon wegen ihrer gehnhaften Kostümierung — zu nennen, und Harald Josef Fürtkenau wenigstens zu erwähnen, dem die nicht ganz unwichtige Einübung des tänzerischen Teiles oblag, und damit eine Aufgabe, ohne deren Durchführung bestimmt manche Akte nicht so sicher säßen. S. Sch.

er. Reichsdeutsche Uraufführung in Freiburg. Am Samstag fand im Freiburger Stadttheater die reichsdeutsche Uraufführung von Franz Werfels historischer Tragödie „Das Reich Gottes in Wämen“ unter Intendant Krügers Leitung statt. An dem lebhaftesten Weisfall hatte die überaus lebenswerte Darstellung, mit Albalbert Holz in der Hauptrolle, auf alle Fälle erheblichen Anteil. Der Stoff ist historisch, die in dieser Einleitung vorgetragene Idee von der Unmöglichkeit der Verbindung des religiösen Idealismus mit den Interessen der Politik von aktueller Bedeutung.

Das Ergebnis von Genf

Rückkehr der deutschen Delegation

Die deutsche Delegation hat am Sonntag Genf verlassen und kehrt heute nach Berlin zurück. Reichsaußenminister Dr. Curtius wird nach seiner Rückkehr dem Reichspräsidenten Bericht erstatten und das Reichskabinett wird sich mit dem Ergebnis der Genfer Ratstagung alsbald beschäftigen. Dieses Ergebnis wird von der Berliner Presse („Germania“, „Vossische Zeitung“, „Vorwärts“ und „Börse“) dahin beurteilt, daß der Vorstoß Deutschland zu einer wirksamen moralischen Beurteilung der polnischen Methoden geführt habe. Die rechtsstehenden Blätter warnen freilich vor einer Überschätzung des Erfolges. Es sei weder eine ausreichende Sühne für die Vertragsbrüche erreicht, noch hinreichende Garantien für die Zukunft.

Die Genfer Konvention verletzt — Zusage von Polen gefordert

Die deutsche Polenbeschwerde wurde in der Samstagmorgensitzung des Völkerbundsrats, soweit das bisher möglich schien, abschließend behandelt und eine Formel für die Erledigung der Zwischenfälle gefunden. Dr. Curtius erklärte nach der Sitzung, daß ein voller Erfolg der deutschen Forderungen zu verzeichnen sei. Zunächst erstattete das japanische Ratsmitglied, Yoshitawa, einen Bericht über die deutsche Minderheitsbeschwerden, der vom Rat in öffentlicher Sitzung angenommen wurde. Er umfaßt in der Hauptsache die folgenden drei Punkte:

1. Der Rat stellt fest, daß die Genfer Konvention in den Artikeln 75 und 83 mehrfach verletzt worden ist, und zwar nicht nur bei den Wahlen in Oberschlesien, sondern daß auch die entsprechenden Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages in Polen und Rumänien verletzt worden sind. Gleichzeitig gibt er allerdings seiner Meinung Ausdruck, daß die polnische Regierung ihr Möglichstes getan hat, um die Verantwortlichkeiten zur Strafe zu ziehen.

2. Der Rat stellt fest, daß die Ideologie des Aufständischenverbandes in Oberschlesien nicht geeignet sei, ein friedliches Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheit zu fördern.

3. Die polnische Regierung soll spätestens bis zum Mai einen genauen Bericht über die Durchführung aller von ihr gegebenen Zusagen zur Vermeidung oder Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse an den Völkerbund erstatten.

Die entscheidenden Stellen des Berichtes lauten: Was die Angriffe gegen Personen und Eigentum, denen die Bewohner Oberschlesiens ausgesetzt sind, angeht, so hat niemand bestritten, daß Taten dieser Art, wie sie in den Beschwerden aufgezählt sind, vorgekommen sind, und daß diese Vorgänge derart schmerzhaft sind, daß man in zahlreichen Fällen von einer Verletzung der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention sprechen muß. Das sind Tatsachen, die der Rat feststellen muß. Die der Vertreter Deutschlands vor dem Rat gesagt hat, ist entscheidend die Faltung der Verantwortlichkeiten. Die polnische Regierung hat mitgeteilt, daß die vom Deutschen Volksbund erwähnten Fälle Gegenstand einer genauen Untersuchung seien. Der Rat wünscht aber, daß die polnische Regierung vor der nächsten Ratstagung im Mai ein ausführliches und detailliertes Exposé der Ergebnisse der von ihr vorgenommenen Untersuchungen einreicht, und zwar soll sich dieser Bericht der polnischen Regierung auch auf die Vergeltung und die Schadenersatzmaßnahmen erstrecken, die im Verlaufe dieser Untersuchungen von ihr unternommen werden.

Was die indirekten Verantwortlichkeiten angeht, so sei es von großer Bedeutung, daß im Interesse der Ruhe und des Friedens in solchen Gebieten, wie Oberschlesien, alles vermieden werden müsse, was auf direkte oder indirekte Weise dazu beitragen könnte, die Gemüter zu erhitzen und die Leidenschaften zu erregen. Es sei selbstverständlich, daß sich daraus für die Behörden Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen besonders schwerer Art ergeben, die von ihrer Seite die genaueste Achtung vor den Rechten der Minderheiten erfordern.

Es sei unbedingt notwendig, daß die Behörden sich jeder Einmischung in politische Kämpfe enthielten, besonders wenn es sich dabei um die Minderheiten handle. Aus den Schriftstücken, die dem Rat vorgelegt worden seien, und aus den Debatten vor dem Rat habe man den Eindruck erhalten, daß der Aufständischenverband von einem Geist erfüllt ist, der nicht geeignet ist, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern.

Es gehe nicht an, daß eine solche Organisation eine bevorzugte Stellung einnehmen dürfe, die sich zum Schaden der Minderheit auswirke. Die polnische Regierung müsse die notwendigen Maßnahmen ergreifen und die besonderen Beziehungen, die zwischen den Behörden und solchen Organisationen, die eine politische Tätigkeit ausüben, lösen. Es sei in jedem Falle unerlässlich, daß man der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien in jeder Beziehung Vertrauen einflöße.

Dieses Vertrauen sei unglücklicherweise tief erschüttert worden. Ohne dieses Vertrauen sei eine Zusammenarbeit zwischen der Minderheit und dem Staat nicht möglich.

Die Erledigung nahm nur kurze Zeit in Anspruch, eine Aussprache erfolgte nicht mehr.

Der Ratsvorsitzende, Henderson, richtete nach der Annahme des Berichtes noch einige Worte an die Ratsmitglieder. Er sprach seinen Dank an den Berichterstatter aus, der eine Lösung für diese so schwierige Frage gefunden habe. Die Minderheitenfrage sei eine Frage, die die ganze Welt angehe. Es sei ein Völkerbundsproblem, an dessen Lösung alle Mitglieder verpflichtet seien, sich zu beteiligen. Alles müsse für eine Dauerregelung dieses Problems getan werden. Zum Schluß richtete Henderson einen Appell an die Minderheiten, auch das Ihrige zu tun und in ihrem eigenen Interesse mit ihren Regierungen zusammenzuarbeiten. Daß eine Lösung möglich sei, beweise das Beispiel der Schweiz. Er sehe in der jetzt getroffenen Lösung den Anfang für eine Dauerregelung des Minderheitenproblems in Oberschlesien.

Berichterstatter Yoshitawa richtete zum Schluß einige Dankesworte an die Vertreter Deutschlands und Polens, die durch ihre Haltung ihm seine Aufgabe wesentlich erleichtert hätten.

Englische Pressestimmen

Der Genfer Neuter-Korrespondent berichtet: Es herrscht allgemein der Eindruck, daß eine beträchtliche europäische Schwierigkeit beseitigt worden ist, und daß Dr. Curtius und Jaleski für ihre verständliche Haltung beglückwünscht werden sollen. Es wird auch erwartet, daß die Beilegung dieser Frage eine beruhigende Wirkung auf andere Minderheiten haben wird, nach-

dem sich gezeigt hat, daß der Völkerverbund auf die korrekte Anwendung der Völkerverträge achtet.

„Daily Telegraph“ schreibt: Die Tagung ist viel weniger stürmisch verlaufen, als erwartet worden war. Polen war flug genug, zuzugeben, daß gegenüber der deutschen Winderheit in Schlesien schwere Ausschreitungen begangen worden sind, und Deutschland hat mit gleicher Klugheit davon Abstand genommen, bei dieser Gelegenheit die Frage der Revision der deutsch-polnischen Grenze aufzuwerfen. Dr. Curtius' Behauptung, daß er und Reichsfinanzminister Brüning die Frage eines baldigen Zahlungsaufschubs für die Reparationen für viel dringender und leichter erreichbar erachten, als die Danzig und den Korridor betreffenden Fragen. Andererseits hat der deutsche Delegierte bei seinem Widerstand gegen die sofortige Ernennung Dr. Benesch zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz und gegen die Forderung, daß der Stenontionsentwurf auf der Plenarkonferenz nicht angetastet werden dürfe, große Energie entwickelt.

Badischer Teil

Regierung und Festslichkeiten

Wie die Presse berichtet, hat das Preussische Staatsministerium beschlossen, daß sich die Staatsminister in der offiziellen Teilnahme an Festslichkeiten größte Zurückhaltung aufzulegen sollen, auch die Beteiligung von Behördenvertretern an Ehrenauschüssen, Tagungen usw. aufs äußerste eingeschränkt werden solle.

Hierzu erfahren wird, daß die Badische Regierung im Hinblick auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine der preussischen entsprechende Haltung schon seit längerer Zeit einnimmt.

Der Heidelberger

Universitätskonflikt

Erklärungen der Polizeidirektion

Aber die Vorgänge am Mittwoch veröffentlicht die Polizeidirektion Heidelberg eine Darstellung, in der es u. a. heißt: „Den Veranstaltern der Kundgebung war das seit dem Oktober letzten Jahres bestehende allgemeine Verbot für Versammlungen unter freiem Himmel bekannt. Sie haben bewußt gegen dieses Verbot verstoßen und tragen auch die Verantwortung für die das Ansehen der Stadt und der Universität schädigenden Vorgänge. Es ist bedauerlich, daß die Studentenschaft sich durch verantwortungslose, nicht der Universität angehörende Elemente zu diesem Vorstoß gegen die öffentliche Ordnung hat verleiten lassen.“

Das Einschreiten der Polizei gegen die Demonstranten erfolgte übrigens erst, als diese der wiederholten Aufforderung, auseinanderzugehen und den Universitätsplatz zu räumen, keine Folge leisteten, vielmehr gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung einnahmen und passiven Widerstand leisteten. Bei der dann erforderlichen Säuberung des Universitätsplatzes mußte mit derjenigen Strenge vorgegangen werden, die zur Wahrung der Staatsautorität erforderlich war. Wo es zu einem scharferen Vorgehen kam, ist ausschließlich das Verhalten der betreffenden Personen die Ursache gewesen, die den Weisungen der Polizeibeamten nicht unerschütterlich Folge geleistet haben. Es haben sich bei der Polizeidirektion eine Anzahl Zeugen gemeldet, welche entgegen den in den veröffentlichten Zeitschriften aufgestellten Behauptungen sich als Zeugen dafür angeboten haben, daß die Polizeibeamten bei ihrem Einschreiten sich durchaus maßvoll, sogar sehr zurückhaltend verhalten haben.“

Von seiten der Polizeidirektion wird bezüglich der Vorgänge am Haupteingang der Universität gesagt, es sei dort sogar auf die Polizeibeamten eingeschlagen worden, so daß mit der erforderlichen Strenge zur Feststellung der Widerstand leistenden hätte eingeschritten werden müssen. Nach Bekanntgabe der vom Rektor einberufenen Studentenversammlung in der Aula sei der Zugang zum Universitätsgebäude alsbald freigegeben worden. Besonders bedürfe es der Feststellung, daß die Ausschreitungen nur von einem geringen Teil der Studentenschaft begangen wurden.

Erklärungen des Rektors

Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen fanden am Samstag zwei sehr stark besuchte Studentenversammlungen statt.

Die erste, von dem Universitätsrektor Professor Dr. Meißner, in den großen Saal der Stadthalle einberufene Versammlung nahm einen ziemlich bewegten Verlauf.

Der Rektor hielt eine Ansprache, in der er die Notwendigkeit eines gestärkten und der akademischen Ordnung entsprechenden Verhaltens betonte. Er richtete einen sehr eindringlichen Appell an die Studierenden, bei dem Wiederaufbau der studentischen Selbstverwaltung mit tätig zu sein. Dabei müßte die gesamte Studentenschaft mitwirken, nicht nur einzelne Gruppen. Folgende Entschließung wurde vom Rektor verlesen:

„Rektor und Senat erheben Protest gegen die beim Einschreiten der Polizei vorgekommenen Mißhandlungen, und werden nach Abschluß der Untersuchung für die Bestrafung der Schuldigen nachdrücklich eintreten.“ Zur Afta-Frage teilte der Rektor nachstehende Entschließung mit: „Rektor und Senat sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß ihm keine Gelegenheit gegeben wurde, durch das Ministerium gehört zu werden, wie es die fällige Zurücknahme der staatlichen Anerkennung des Heidelberger Allgemeinen Studentenausschusses notwendig gemacht hätte.“

Zur Angelegenheit Gumbel erklärte der Rektor, als die Regierung seinerzeit die bevorstehende Ernennung von Dr. Gumbel zum ordentlichen Professor in Aussicht gestellt habe, da habe nicht die ganze Fakultät in dieser Sache ihre Meinung geäußert, sondern nur der Dekan habe geantwortet. Wenn die gesamte Fakultät gefragt worden wäre, wie es in dieser Sache erforderlich gewesen wäre, dann wäre Dr. Gumbels Ablehnung mit Mehrheit erfolgt.

Für die nun folgende Aussprache wurde eine Drei-Minuten-Redezeit gewährt. Da die Erklärung des Vertreters der neuen „Deutschen Studentenschaft“, die starke Mißtrauensäußerung gegen den Rektor enthielt, für diese Zeit nicht ausreichte, und der Sprecher aufhören mußte, verließen die studentischen Korporationen geschlossen den Saal. Vertreter der katholischen Hörergruppe, der in der Mitte stehenden „Arbeitsgemeinschaft“ der Sozialisten und der revolutionären Sozialisten gaben der Ansicht Ausdruck, daß versucht werden müsse, bald eine neue Selbstverwaltung zu schaffen.

Kurz nach dieser Versammlung fand eine zweite der „Deutschen Studentenschaft“ statt. Hierbei wurde erklärt, die Universität müsse beim Ministerium darauf brüden, daß Gumbel aus dem Lehrkörper entlassen würde.

Aus der badischen Industrie

Tariffändigung in der Pforzheimer Industrie. Die Lohn-, Gehalts- und Urlaubabkommen in der Pforzheimer Schmied-, Metall- und Edelmetallindustrie, sowie die Gehälter in der Pforzheimer Metallindustrie, im Pforzheimer Großhandel und im Pforzheimer Einzelhandel sind von den Arbeitgeberverbänden gefündigt worden.

Erfreuliches aus der Tabakindustrie. In der durch die allseitigen Stilllegungen in der Zigarrenindustrie hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit tritt doch allmählich wieder eine Belebung ein, indem in den verschiedenen Orten des Kraichganes einzelne Betriebe wieder in Gang gesetzt werden. In Kronau z. B. wird bei den Filialen der Firma Landfried und Pfeifer & Co., Heidelberg, wieder gearbeitet, ebenso auch in Untergrombach hat die Firma Rapp & Sohn die Arbeit wieder aufgenommen, wie in Unterwisheim die Firma Neuhaus & Co. — In Gerolzhofen konnten drei Zigarrenfabriken wieder einen größeren Teil ihrer Arbeiter einstellen.

Der Schiedspruch für die Schwarzwälder Uhrenindustrie für verbindlich erklärt. Der Lohnschiedspruch für die Schwarzwälder Uhrenindustrie wurde heute, Montag, von dem Stellvertretenden Schlichter für Süddeutschland, für verbindlich erklärt.

Dem Mannheimer Bürgerausschuß liegt in seiner am 5. Februar stattfindenden Sitzung eine 10 Punkte umfassende Tagesordnung zur Beschlusfassung vor. Der 1927 zur Erweiterung des städtischen Straßennetzes genehmigte Anleihekredit, der inzwischen auf 4 028 906 Reichsmark erweitert worden ist, soll durch eine neu aufzunehmende Anleihe um weitere 42 730 Reichsmark erhöht werden, um bisher noch nicht berücksichtigte Straßengelandestücken zu decken. Zur Herstellung von Straßen im Vaugebiet Unterfeld und Wasserbett in Mannheim-Heubenheim, Mannheim-Käfertal, Mannheim-Sandhofen und Mannheim-Waldhof wird ein Gesamtbetrag von 176 400 Reichsmark angefordert. Schließlich wird der Bürgerausschuß um Zustimmung zu Ausgaben für Betriebsvermehrungen bei den städtischen Betrieben im Gesamtbetrag von 993 500 Reichsmark ersucht, die aus Anleiheemitteln bestritten werden sollen.

Am die Bürgermeisterwahl in Ladenburg. In der letzten Gemeinderatssitzung wandte sich Bürgermeister Koch gegen die ihm in der Öffentlichkeit gemachten Vorwürfe hinsichtlich der Geldbeschaffung für die Gemeinde und empfahl in diesem Zusammenhang, baldigt die fällige Bürgermeisterwahl vorzunehmen, zumal zweckmäßig der Vorschlag 1931/32 alsbald aufgestellt werden müsse.

Der Stadtrat Pforzheim beschloß, die durch das Ausschneiden des Bürgermeisters Dr. Gearius frei gewordene Bürgermeisterstelle nicht zu besetzen. Die im städtischen Stellenplan vorhandene unbesetzte Rechtsratsstelle wird zur Weyerung ausgeschrieben.

Aus der Landeshauptstadt

Forderungen der Mieter. Sonntag vormittag hat im Colosseumsaal eine allerding nur schwach besuchte Mieterversammlung stattgefunden, in der Stadtrat Stamm aus Mannheim als Referent die Forderungen der Mietergesellschaft aufstellte: Beibehaltung des § 7a des Gebäudeordnungsvertrages, restlose Zuführung dieser Steuer für die Zwecke des Kleinwohnungsbaues, Ausdehnung des Mieterzuges auch auf Neubauwohnungen und seine Wiederinkaufsfähigkeit für alle gewerblichen Räume und Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts. Die Anlegung der erhöhten Umlage, Steuern und Gebühren auf die Mieter sei entschieden abzulehnen. Eine Entschlieung in diesem Sinne wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Verstoß gegen das Uniformverbot. Am Sonntagmittag mußte die Polizei gegen einen Nationalsozialisten einschreiten, der in voller Uniform durch die Kaiserstraße ging. Die Uniformstücke wurden ihm abgenommen.

Aus dem Polizeibericht. Am Samstagvormittag mußte die Polizei in der Altstadt einen verheirateten Bauarbeiter festnehmen, weil er in der Trunkenheit seine Wohnungseinrichtung demolierte und seine Kinder mit Halsabschnitten bedrohte, so daß sich diese hilfesuchend an die Polizei gewandt hatten. Als die Polizei um 10 Uhr abends die Arrestzelle öffnete, fand sie den Bauarbeiter am Gitterfenster hängend vor. Er hatte sich mit seinem Hemd, das er auszog, erhängt. — Sonntag nacht wurden zwei 15 Jahre alte Lehrlinge festgenommen, die dem Vater des einen, einem hiesigen Kaufmann, Geld und Schmuck im Gesamtwert von etwa 2000 Reichsmark gestohlen hatten. Es stellte sich heraus, daß die Jungen bereits vor 14 Tagen an gleicher Stelle Geld und Schmuck im Werte von 1076 Reichsmark entwendet hatten. Sie wollten damit ins Ausland fliehen. — Gestern abend um 10 Uhr wurde eine ledige, 25 Jahre alte Hausgehilfin in der Schwarzwaldrstraße von zwei unbekanntem Männern angehalten, die mit vorgehaltener Waffe versuchten, ihr die Handtasche zu entreißen. Als die Überfallene um Hilfe schrie, gingen die Täter flüchtig.

Badisches Landesbühnen. Schillers „Wilhelm Tell“ erscheint am Donnerstag, dem 29. Januar, wieder im Spielplan und Ferdinand Bruckners Schauspiel „Elisabeth von England“ gelangt am Samstag, dem 31. Januar, zur Wiederholung. — In der Oper geht am Dienstag, dem 27. Januar, d. i. am Abend vor dem 175. Geburtstag Mozarts, „Die Zauberflöte“ in Szene. Arenski „Leben des Dreck“ kommt am Freitag, dem 30. Januar, zur dritten und am Sonntag, dem 1. Febr., zur vierten Aufführung. Die Sonntags-Nachmittagsvorstellung wird im Landestheater am 1. Februar die Operette „Meine Schwester und ich“ und abends im Konzerthaus die Operette „Wie werde ich reich und glücklich?“ wiederholt. — Als viertes Stück für die Sondernote des „Theater-Plaus“ befindet sich das Schauspiel „Meer XI“ von Bruno Wellenkamp in Vorbereitung. — Auch in diesem Jahre findet wiederum ein „Fasnachts-Cabaret“ statt, für das die Vorproben unter Leitung des Intendanten bereits begonnen haben.

Musik aus der Luft. Auf das heutige Inzerat der Firma Gschw. Knopf sei hingewiesen, das eine Sensation für Karlsruhe ankündigt: „Musik aus der Luft“. Alles Nähere über die virtuellen Vorführungen der weltberühmten Theresianischen Erfindung geht aus dem Inzerat hervor. Der Eintritt ist frei.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über dem Nordmeer liegt noch immer der Kern einer großen Zykone, die in weitem Umkreis die Bitterung Europas beherrscht. In unser Gebiet ist über Sonntag kühlere, aus Nordwesten stammende Luft eingedrungen und hat leichten Temperaturrückgang gebracht. Der allgemeine Witterungscharakter ist unbefriedigend geblieben. Im Gebirge hat es viel Neuschnee gegeben. — Voraussage: Fortdauer der unbefriedigenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 276 minus 45, Basel 101 minus 19, Schutterinsel 164 minus 21, Rehl 328 plus 13, Maxau 517 plus 67, Mannheim 429 plus 54, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bürkle-Prozess auf unbestimmte Zeit vertagt

Freiburg i. Br., 25. Jan. Die Hauptverhandlung gegen die beiden Inhaber des insolventen Bankhauses Otto Bürkle & Co. in Freiburg i. Br., Bürkle und Gerling, die am Mittwoch, den 28. Januar, beginnen sollte, ist abgesetzt worden. Amtlich wird dazu mitgeteilt, daß sich in letzter Stunde erhebliche Schwierigkeiten und Widerstände ergeben hätten, die eine Durchführung des Prozesses im jetzigen Zeitpunkt zur Unmöglichkeit machten. Insbesondere hätten nicht weniger als 7 Zeugen, darunter auch Hauptzeugen, ärztliche Zeugnisse beigebracht, nach denen sie zur Verhandlung nicht erscheinen könnten. Es wird in eine genaue Prüfung eingetreten werden, um zu ermitteln, wann frühestens die Hauptverhandlung durchgeführt werden kann. — Wie wir dazu von anderer Seite hören, soll es sich bei den wegen Krankheit sich entschuldigenden Hauptzeugen in der Hauptsache um den Hauptgläubiger des Bankhauses, den in der Schweiz lebenden Deutschen Liebers handeln. Ihm war von der Prozeßleitung freies Geleit zugesichert worden.

bl. Durlach, 24. Jan. In den Folgen einer Herzklammerung ist am Samstag im Alter von 70 Jahren der Verleger des „Durlacher Tageblatts“, Buchdruckermeister Adolf Dups, gestorben. Er hatte im Jahre 1887 das väterliche Geschäft übernommen und wußte durch emsige Arbeit und die Gründlichkeit seiner technischen Kenntnisse das „Durlacher Tageblatt“, das vor zwei Jahren sein hundertjähriges Bestehen feiern konnte und sich ununterbrochen im Besitz der Familie Dups befindet, zu einer angesehenen Tageszeitung zu gestalten. In der Bürgerschaft genoß der Verstorbenen hohe Wertschätzung.

D. Palmbach bei Durlach, 26. Jan. Am Samstagabend kaufte in einem Kolonialwarengeschäft ein junger Mann Zigaretten. Klüglich setzte er der Ladeninhaberin unter der Aufforderung der Herausgabe des Geldes, die Pistole auf die Brust. Auf die Hilferufe der Frau hin ging der Räuber flüchtig und gab auf seine Verfolger scharfe Schüsse ab, so daß er schließlich mit seinem Fahrrad unerkannt entkommen konnte.

D. Rastatt, 24. Jan. Im Alter von fast 86 Jahren ist der Privatier Georg Eitel, Ehrenbürger der Stadt Rastatt, gestorben. Er hat sich um das Allgemeinwohl große Verdienste erworben. 1890 trat er in den Bürgerausschuß ein, vier Jahre später wurde er Gemeinderat und vom 6. Juni 1900 an war er Stellvertreter des Bürgermeisters, wobei er noch wichtige Gebiete der inneren Verwaltung, so das Armenwesen, zu bearbeiten hatte. Außerdem gehörte er mehrere Jahre dem Bezirksrat an, und hat u. a. zwei Jahre an der Spitze des Kommunalverbandes die schwierigen Verhältnisse der Kriegszeit in aufreibender Arbeit zusammen mit Herrn Dr. Vogel gemeistert.

D. Michelbach (Murgtal), 26. Jan. Am Samstag früh brach im Holzschuppen des Bürgermeisters Otto Girth Feuer aus, das infolge des außerordentlich starken Westwindes bald auch den Heuschuppen ergriff. Der Brand ergriff binnen kurzem auch das Wohngebäude. Im Verlaufe einer Stunde waren Wohnhaus und Ökonomiegebäude bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das benachbarte Haus der Witwe Neger hatte bereits Feuer gefangen, das glücklicherweise sofort gelöscht werden konnte.

D. Rehl, 25. Jan. Am Freitagmorgen gegen 8 Uhr erschienen bei der französischen Paskontrolle jenseits der Brücke zwei Hamburger Zimmerleute und legten ihre Pässe vor. Da aber das vom französischen Konsulat erteilte Visum abgelaufen war, konnte ihnen die Einreise nicht gestattet werden. Es entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf die beiden Zimmerleute dem Grenzpolizeibeamten Schläge auf den Kopf versetzten. Sie wurden festgenommen und nach Aufnahme eines Protokolls ins Gefängnis eingeliefert.

bl. Rehl a. Rh., 24. Jan. Zur Zeit ist die Anfuhr der für die Rheinregulierungsarbeiten in so großer Anzahl benötigten Maschinen in vollem Gange, so daß im Frühjahr mit den eigentlichen Arbeiten im Strombett begonnen werden kann. Die Maschinenlieferung ist für viele Gemeinden unseres Bezirkes eine gute Einnahmequelle, da für 100 Stück angeliefert ans Stromeufer 12 M bezahlt werden.

D. Konstanz, 24. Jan. Bereits im November 1930 konnte Kaufmann Fris Gradmann auf eine zehnjährige Tätigkeit als Präsident der Handelskammer Konstanz zurückblicken. In der gestrigen Vollversammlung der Kammer wurde dieses Jubiläum ehrend gedacht. Vizepräsident Dr. Emil Stromeier würdigte namens der Kammer die Verdienste des Präsidenten. Syndikus Braun sprach die Glückwünsche der Beamten und Angestellten der Kammer aus.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Januar		24. Januar	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.09	169.43	169.09	169.43
Kopenhagen 100 Kr.	112.33	112.55	112.31	112.53
Italien . . . 100 L.	22.005	22.045	22.005	22.045
London . . . 1 Pf.	20.406	20.446	20.399	20.439
New York 1 D.	4.2035	4.2115	4.2035	4.2115
Paris . . . 100 Fr.	16.469	16.509	16.47	16.51
Schweiz . . . 100 Fr.	81.31	81.47	81.31	81.47
Wien 100 Schilling	59.09	59.21	59.08	59.20
Prag . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.44	12.46

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Januar 1931 hat sich in der dritten Januarwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 206,3 Mill. auf 3756,0 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 10,5 Mill. auf 889,2 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 44,0 Mill. auf 2430,9 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,9 Proz. in der Vorwoche auf 59,8 Proz., derjenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 62,7 Proz. auf 65,0 Proz.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 21. Januar berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 114,9 gegenüber der Vorwoche (115,6) um 0,6 Proz. gefallen.

Bermittlungsvorschlag in der Aluminium-Berebelungsfrage. In der Frage des Aluminiumkampfs zwischen der Schweiz und Deutschland ist — wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin meldet — von dem zur Schweiz Gruppe gehörenden Aluminiumalloyerwerk Sigen beim zuständigen Ministerium ein Vermittlungsvorschlag eingegangen. Dieser sieht vor, daß Sigen die von ihm zur zollfreien Einfuhr im Berebelungsverlehr beantragten 3600 Tonnen Rohaluminium jährlich nur importieren darf, wenn es sich als Vorbedingung hierfür verpflichtet, 3000 Tonnen Aluminium jährlich im Inlande zu kaufen.

Ausführung.

Aufgrund des Erlasses des Herrn Ministers der Finanzen vom 20. I. 28 vergeben wir:

- 1. Bodenbelege (Steinzeug- und Terrazzoplatten, Terrazzoarbeiten, Spültröge und Tische), sowie Wandbeläge für das Betriebs- und Wirtschaftsgebäude
2. Malerarbeiten u. Schreinerarbeiten (hauptsächlich eingebaute Möbel) für die Med. Klinik
3. Bodenentwässerung und sanitäre Installation für die Tuberkulose- und Infektionsstation der Klinikneubauten in Freiburg i. Br. R.249

Angebotsbordüre können, soweit vorrätig, auf unserm Baubüro, Hugstetterstr. 70 (ehem. Oltrohaus) jeweils vorm. von 11-12,30 Uhr entgegengenommen werden, wofür auch Bedingungen u. Zeichnungen zur Einsichtnahme auflegen und zwar zu 1. ab Donnerstag, den 29. I. 31, zu 2. und 3. ab Freitag, den 30. I. 31.

Bersand nach auswärts erfolgt nicht. Eröffnung der Angebote, welche geschlossen und durch Aufschrift kenntlich in obigem Baubüro einzureichen sind, erfolgt jeweils 11 Uhr vormittags für 1. am Dienstag, den 10. Februar 1931, für 2. am Donnerstag, den 5. Februar 1931, für 3. am Donnerstag, den 12. Februar 1931. Zuschlagsfrist 6 Wochen. Bad. Bezirksbauamt Freiburg i. Br. Klinikbaubüro.

Musik aus der Luft!



DIE GROSSE SENSATION bei KNOPF im Erfrischungsraum!

Sie hören die herrlichste Musik, hervorgezaubert nur durch Bewegung der Hände, vom zartesten Pianissimo bis zum brandenden Fortissimo in feinsten Abstufung. Töne werden erzeugt, die dem allerbesten Cello, einer alten Geige, einem Blasinstrument, ja sogar der menschlichen Stimme ähneln. Sie müssen

Kristy Tscharikoffs Ätherwellenmusik gehört haben

Nur vier Tage wird Ihnen dieser Kunstgenuss geboten: Montag / Dienstag / Mittwoch / Donnerstag

Jeweils vormittags 1/2 11 - 1/2 1 Uhr u. nachm. von 3 1/2 - 6 1/2 Uhr. Eintritt frei!

KNOPF



Badisches Landestheater Dienstag, den 27. Jan. 1931 *Bil. 25.-Gem. 1201-1300

Die Zauberflöte

Von Mozart Dirigent: Scrips Regie: Pruschka Mitwirkende: Esselgroth, Fana, Fischbach, Haberlorn, Reich-Dörich, Schöning, Winter, Hellmuth, Kotschmann, J. Gröhinger, Gosbach, Kainbach, Kiefer, Köler, Kuntz, Schoepflin, Schuster

Anfang 20. Ende 23 Preise C (1-7 RM)

Mi. 28. I. 6. Sinfonie-Konzert Do. 29. I. Wilhelm Tell Fr. 30. I. Leben des Dreif. Sa. 31. I. Elisabeth von England. So. 1. 2. Nachmittags: Meine Schwester und ich. Abends: Leben des Dreif. Im Konzertsaal: Wie werde ich reich und glücklich?

Anzeigen in der Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger) haben großen Erfolg

Die Stelle des Bürgermeisters

der Stadtgemeinde Schopfheim i. B. ist neu zu besetzen. Bewerber, welche über umfassende Kenntnisse auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung verfügen, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften bis spätestens 1. Febr. 1931 unter Angabe der Gehaltsansprüche an den Gemeinderat einreichen. Persönl. Vorstellung ohne Aufforderung nicht erwünscht. Schopfheim, den 22. Januar 1931. R. 927 Der Gemeinderat. J. W.: Ruf.

Wir werben für Sie!

Zentralhandelsregister für Baden.

Ettlingen. R. 240 Handelsregister A. O. 3. 199 Firma Vogel und Bernheimer Kommanditgesellschaft in Ettlingen mit einer Zweigniederlassung in Magau: Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen. Ettlingen, 17. Jan. 1931. Amtsgericht.

Karlsruhe. A. 404. Es soll das Erlöschen der nachgenannten Firmen von Amts wegen in das Handelsregister eingetragen werden: 1. Max Jenewein & Sohn, 2. Ludwig Schiffmacher, 3. Walter Schmidt, 4. Walter Speck, 5. Schmitt & Weiskopf, 6. Karl Friedrich Albrecht, 7. Jakob Chimowitz, 8. Valentin Damian, chem.-techn. Produkte, 9. Carl F. Dirth, 10. Oscar Kramer & Co., 11. Zum Tiergarten Josef Kriisch, 12. Albert Lehmann, 13. Johann Rammel, 14. Perez & Braunger, 15. Karl Seib, 16. Ernst Junge, 17. Eugen G. Maier, alle in Karlsruhe.

Die Inhaber der genannten Firmen, deren Aufenthalt unbekannt ist, werden hieron benachrichtigt. Zugleich wird denselben zur Geltendmachung eines etwaigen Widerspruchs eine Frist von 3 Monaten bestimmt. 14. Januar 1931. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. A. 405 Handelsregistereinträge. 1. Holz- und Industriebau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Von Amts wegen eingetragen. 2. Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptst. Berlin. Die Prokura des Otto Koch ist erloschen. 16. 1. 31. 3. Rheinisch-Transports-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Frankfurt a. M. mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Fritz Thomas, Kaufmann, Mannheim, ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. 4. Karlsruher Parfümerie- und Toilettefabrik F. Wolff & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Fabrikant Fritz Wolff ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Prokura des August Regenauer ist erloschen. 17. 1. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. A. 406 Handelsregistereinträge. 1. Wagner & Co. Nachfolger, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 2. Albert Lehner, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 14. Jan. 1931. 3. Elias Pittner, Möbel-Palais, Karlsruhe. Einzelaufmann: Kaufmann Elias Pittner Ehefrau, Clara geb. Klein, Baden-Baden. Prokura: Elias Pittner, Kaufmann, Baden-Baden. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1931.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sowie die beantworteten Fragebogen über die Gewerbesteuer sind in der Zeit vom 1. bis 16. Februar 1931 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrudr abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung (Beantwortung des Fragebogens) verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vorbrudr zugeandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Umsatzsteuergesetz sowie Grund- und Gewerbesteuer-gesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vorbrudr nicht überandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vorbrudr vom Finanzamt anzufordern. R. 248 Karlsruhe, den 24. Januar 1931. Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach, Ettlingen.

Bobly & Cie., Mannheim: Kaufmann Horst Bobly in Mannheim ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1931 begonnen. Die Gesellschaft wird nur durch den Gesellschafter Hans Bobly vertreten. Die Prokura der Frau Cäcilie Bobly geb. Kohl besteht fort. Louis Lufheimer & Sohn, Mannheim: Der Gesellschafter Louis Lufheimer ist durch Tod ausgeschieden. Daube & Mayer, Mannheim: Das Geschäft samt Firma jedoch ohne Forderungen und Verbindlichkeiten ist von Marie Krage geb. Wieder auf Juliane Müßig geb. Dornia, Ehefrau des Adolf Müßig in Mannheim, übergegangen, welche es unter der Firma Marie Wieder Nachf. weiterführt. Marie Wieder, Mannheim: Das Geschäft samt Firma jedoch ohne Forderungen und Verbindlichkeiten ist von Marie Krage geb. Wieder auf Juliane Müßig geb. Dornia, Ehefrau des Adolf Müßig in Mannheim, übergegangen, welche es unter der Firma Marie Wieder Nachf. weiterführt.

Felix Sager, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, S. O. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 409 Handelsregistereinträge vom 14. Januar 1931. D. Nach Gesellschaft m. beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Schäffler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Dezember 1930 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens sind die Herstellung und der Vertrieb von Fenstern, Türen und Möbeln sowie Glas- und Schreinerarbeiten jeder Art. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen, solche Unternehmungen zu erwerben, Interessengemeinschaft einzugehen und Zweigniederlassungen im Inland zu errichten. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Maximilian Schäffler, Schreinermeister, Mannheim, ist Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft kündigen. Die Kündigung hat sechs Monate vor Ablauf eines Geschäftsjahres zu erfolgen.

Lacto-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Januar 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens sind die Einfuhr u. der Großhandel, hauptsächlich in Eiprodukten, die unter dem Namen Lacto bekannt sind. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Hans Bobly, Erich Röbel, beide Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer. Lorenz Pfeiffer in Horschheim b. Worms ist zum Prokuristen so bestellt, daß er in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem andern Prokuristen zeichnungsberechtigt ist. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeden Geschäftsführer selbständig vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft finden im Deutschen Reichsanzeiger statt. Geschäftslokal: L 14. 6. Armaturenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer Franz Schmidtmaier und Max Mayer sind Liquidatoren. Die Firma ist erloschen.

Jean Fluß, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft samt der Firma auf den Gesellschafter Kaufmann Jean Fluß in Mannheim übergegangen, der es unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann weiterführt. Der Geschäftszweig ist erweitert auf Fabrikverrichtungen. Conrad Weber & Co., Mannheim: Der Eintrag, wonach der Niederlassungs-ort nach Nürnberg verlegt sei, wird gelöscht. Die Firma ist erloschen. Ferdinand Blum, Cigarettenfabrik, Mannheim: Friedrich Göbel in Mannheim ist als Prokurist bestellt. A. Weil Söhne, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Johann Friedrich Hartmann, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, S. O. 4, Mannheim.

Pforzheim. A. 410 Handelsregistereinträge. 1. Firma Emil Erbacher, Pforzheim. Inhaber ist Emil Erbacher, Fabrikant in Pforzheim. (Gesellschaft Berner-Siemens-Str. 13.) 2. Die Firma Friedrich Gottl. Karst, Ettlingen, ist erloschen, da ein eintragungspflichtiges Geschäft nicht mehr besteht. 3. Die Firma Emil Gehres, Pforzheim, ist erloschen. 4. Firma Schaufelberger & Co., Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Karl Schaufelberger ist alleiniger Inhaber der Firma. 5. Firma Philipp Heins, Pforzheim. Inhaber ist Philipp Heins, Einzelhändler in Pforzheim. (Gesellschaft: Hohenollernstr. 76.) 6. Firma Siebler & Rothfuß, Pforzheim: Dem Kaufmann Karl Proschhäuser in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt. 7. Firma Musikhaus Griebmayer & Lipharth, Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Otto Griebmayer ist alleiniger Inhaber des Geschäfts. Die Firma ist geändert in Musikhaus Otto Griebmayer. Amtsgericht Pforzheim.